

Niederschrift

über die Sitzung des Finanz- und Planungsausschusses am Donnerstag, dem
30.08.2018, im Ratssaal des Rathauses Lemwerder

Beginn: 19:06 Uhr

- öffentlich -

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

1. stv. Bürgermeisterin Tanja Sudbrink

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Wolfgang Eymael

Ratsherr Sven Göttisch

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

2. stv. Bürgermeister Ewald Helmerichs

Ratsherr Andreas Jabs

Ratsherr Günter Naujoks

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Yener Türkcan

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Protokollführer

Verw.-Angest. Darja Seemann

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter II Matthias Kwiseke

Bürgermeisterin Regina Neuke

Fachdienstleiterin I Rilana Rethorn

Fachbereichsleiterin I Jutta Zander

Abwesend:

Mitglieder

Ratsherr Heiner Loock

Ratsfrau Wiebke Naujoks

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2 der Beschlussfähigkeit
- 1.3 der Tagesordnung

- 2 Genehmigung der Niederschrift vom 09.08.2018

- 3 Ritzenbütteler Sand - Weiterentwicklung des Geländes Vorlage: FB II/015/2018-01

- 4 Städtebauförderung - Richtlinie zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfond Vorlage: BÜ/064/2018

- 5 Finanzausschussbericht 2018
Antrag der FDP-Fraktion vom 18.07.2018 Vorlage: FB I/036/2018

- 6 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Rats-herren

- 7 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung**
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung**
- 1.2 der Beschlussfähigkeit**
- 1.3 der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzende Frau Sudbrink eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergaben sich keine Einwände.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 09.08.2018

Die Genehmigung der Niederschrift wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

3 Ritzenbütteler Sand - Weiterentwicklung des Geländes Vorlage: FB II/015/2018-01

Bürgermeisterin Neuke verwies auf die Präsentation des Sachstandes vom 26.04.2018 und fasste diese kurz zusammen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Plangenehmigungen sowie der Festlegungen im Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) empfahl die Verwaltung, nach Rechtskraft des RROP einen formalen Änderungsantrag zur Bodenabbaugenehmigung zu stellen. Dabei sollte insbesondere das Ziel sein, die Folgenutzung

von „Naturschutz“ auf „landschaftsbezogene Erholung“ zu ändern. In dem Zusammenhang wurden Vorschläge zur groben Einteilung des Geländes präsentiert.

Wichtig ist, dass die bereits jetzt festgelegten Entwicklungsbereiche (z.B. die am See eingezäunten Bereiche) dem Naturschutz enthalten bleiben. Die zusätzlichen Kompensationsflächen sind im Bereich Ritzenbüttel II bereitgestellt und über den FNP auch abgesichert.

Die Änderungen beziehen sich somit auf die generelle Zielsetzung des Geländes. Diese würde ohne Änderung künftig den Festlegungen des RROP nicht entsprechen.

Nach einigen Rückfragen und Beratungen nahm der Ausschuss die Präsentation zur Kenntnis.

4 Städtebauförderung - Richtlinie zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfond Vorlage: BÜ/064/2018

Bürgermeisterin Frau Neuke stellte dem Ausschuss den Gegenstand der Vorlage - Städtebauförderung – Richtlinie zur Vergabe von Finanzmitteln aus dem Verfügungsfond vor.

Im Rahmen des Städtebauförderungsprogrammes „Soziale Stadt“ besteht die Möglichkeit, für die Entwicklung von Maßnahmen, Projekten und Aktionen in dem Gebiet einen Verfügungsfond einzurichten. Die Maßnahmen sind so anzulegen, dass die Mitwirkung der Betroffenen und das Engagement im Fördergebiet gestärkt werden. Nachdem sich im Rahmen der Bürgerinformationsveranstaltung im Herbst 2017 einige interessierte Anwohner für die Mitwirkung in einem Anliegerbeirat interessiert haben, gab es bisher 3 Informationsveranstaltungen. Im nächsten Termin soll eine gemeinsame Geschäftsordnung besprochen werden. Der Anliegerbeirat soll unter anderem auch über die Mittelverwendung bzw. Anträge aus dem Verfügungsfond mitwirken.

Die NLG und die Gemeindeverwaltung haben dazu einen Entwurf einer Richtlinie erstellt.

Der Finanz- und Planungsausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Verwaltungsausschuss die Einrichtung eines Verfügungsfonds sowie die Richtlinie zur Vergabe von Finanzmitteln. Die NLG wird angewiesen, den Kosten- und Finanzierungsplan drauf anzupassen und vorzustellen.

Ratsherr Rosenhagen schlug vor, den Ausschluss von z.B. Parteien als Zuwendungsempfänger zu prüfen.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen wird der Verfügungsfond, wie auch die sonstigen Aufwendungen aus dem Programm, zu einem Drittel aus kommunalen Mitteln und zu zwei Drittel aus Städtebaufördergeldern (Bund/Land) finanziert.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	
Enthaltung:	

5 Finanzzwischenbericht 2018
Antrag der FDP-Fraktion vom 18.07.2018
Vorlage: FB I/036/2018

Fachbereichsleiterin Frau Rethorn stellte dem Ausschuss den Finanzzwischenbericht 2018 vor.

Der Bericht ist geprägt durch höhere Gewerbesteuereinnahmen, welche aus Anpassung der Vorjahre resultieren. Die Umlage zum Finanzausgleich und der Kreisumlage beträgt in diesem Jahr rd. 16,7 Mio. Euro.

Hierfür wurde jedoch im Jahre 2017 eine Rückstellung im Rahmen des Finanzausgleichs i.H.v. 8.634.600,00 € gebildet, welche in diesem Jahr aufgelöst wird. Da die gebildete Rückstellung höher angesetzt wurde als der nun festgesetzte Finanzausgleich, ergab sich aus der Auflösung ein Ertrag i.H.v. rd. 1 Mio. Euro.

Der Ausschuss bedankte sich und nahm den Finanzzwischenbericht zur Kenntnis.

Ergänzung zum Protokoll:

Im Bereich Kostenerstattungen und Kostenumlagen wurden die Ist-Zahlen zum 08.08.2018 auf das gesamte Jahr hochgerechnet. Darin enthalten sind neben der voraussichtlichen Erstattung für die Gebührenfreien Kiga-Plätze mit 140.000,00 € folgende Positionen:

Sportstättenabrechnung 2016 und 2017	165.000,00 €
Erstattungen von Wohngeldleistungen	60.000,00 €
Finanzhilfe für beitragsfreies Kiga-Jahr	22.000,00 €
Verwaltungspauschale Asyl	10.000,00 €
Abrechnung NK Bunte Kuh	10.000,00 €
Wahlkostenerstattung Bundestagswahl	7.500,00 €

Sowie weitere betragsmäßig geringeren Erstattungen.

Unter Berücksichtigung dieser Einmalzahlungen ist die Hochrechnung anzupassen.

Des Weiteren ist der Betrag der Gewerbesteuerumlage im Abschnitt „18. Transferaufwendungen“ aufgrund der höheren Gewerbesteuererträge zu korrigieren. Durch die Mehrerträge ergibt sich eine unmittelbare Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 2.910.000,00 €.

Ein geänderter Zwischenbericht ist beigefügt.

6 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Keine.

7 Einwohnerfragestunde

Keine.

Ratsvorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer